

3/SN-5/ME 1 von 5

**PRÄSIDENTENKONFERENZ  
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN  
ÖSTERREICHS**

Wien, am 16.3.1987

Wien I, Löwelstraße 12, Postfach 124 1014 Wien  
Telefon 63 07 41, 63 77 31, Fernschreiber 13/5451

H-387/Sz

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Z'	5 GE 987
Datum: 19. MRZ. 1987	
Verteilt: 20.3.87 Jc	

*L. J. Schanzl*

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Bundesgesetz über die Erhebung eines  
Importausgleiches bei der Einfuhr von Er-  
zeugnissen der Geflügelwirtschaft geändert  
wird.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern  
übermittelt in der Beilage 25 Exemplare ihrer  
Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:



25 Beilagen

**PRÄSIDENTENKONFERENZ  
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN  
ÖSTERREICH**

17.3.1987

An das  
Bundesministerium für Land-  
und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1010 Wien

Ihr Zeichen/Schreiben vom:  
13.104/01-I A 3/87 27.1.1987

Unser Zeichen:      Durchwahl:  
H-387/Sz              506

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Bundesgesetz über die Erhebung eines Import-  
ausgleiches bei der Einfuhr von Erzeugnissen  
der Geflügelwirtschaft geändert wird.

Hinsichtlich der Umstellung des Geflügelgesetzes auf das  
Harmonisiertes System gestattet sich die Präsidentenkonfe-  
renz folgendes mitzuteilen:

Im Lichte der Erläuterungen zum Art. I Zif. 1 c muß nach-  
stehendes festgehalten werden. Das Bundesministerium für  
Finanzen hat bisher argumentiert, daß bezüglich der gekoch-  
ten Hühnereier die österreichischen nationalen Erläuterungen  
in Widerspruch zu den vom Zollrat vorgegebenen gelegen  
wären. Damit wäre die bisherige Tarifierung unrichtig gewe-  
sen und wäre mit der Umstellung auf das neue System richtig  
gestellt worden. Wie sich aber nunmehr herausstellt, werden  
gekochte Hühnereier in den Erläuterungen der EG anders  
als in den österreichischen nationalen Erläuterungen behan-  
delt, wobei die Behandlung innerhalb der EG ebenfalls nicht  
einheitlich scheint.

Damit ist aber die Voraussetzung gegeben, unsere bisherige Stellungnahme in diesem Bereich prinzipiell neu zu fassen, denn mit der Umstellung wäre auch eine massive Reduktion des Außenhandelsschutzes verbunden gewesen.

Das Finanzministerium gibt selbst zu, daß hier keine lineare Transponierung vorliegt. Dies mußte bisher hingenommen werden, wenn die österreichischen Erläuterungen tatsächlich jenen des Zollrates widersprochen hätten, nicht aber dann, wenn es hier einen Interpretationsspielraum gibt.

Diese neue Situation hat folgende Konsequenzen: gekochte Eier in der Schale (bisher 21.07) fallen auf Grund der Neuordnung auf jeden Fall unter die zukünftige Zollltarifnummer 0407. Es ist jedoch keineswegs notwendig, daß damit auch für diese Produkte der vom Ausgleichsabgabegesetz ausgehende höhere Schutz beseitigt wird. Per Stand 1.2.1987 lag die Ausgleichsabgabe bei gekochten Eiern in der Schale bei 13 % + 1.262,-- S/kg, der Importausgleich nach dem Geflügelwirtschaftsgesetz bei S 320,--/100 kg, allerdings mit der Möglichkeit einen Schwellenpreis festzusetzen. Auf die allfällige Neufassung des Außenhandelsschutzes im Bereich der Geflügelwirtschaft kann hier noch nicht eingegangen werden.

Um eine neutrale Transponierung zu gewährleisten, müßte die Nr. 0407 00 A "Hühnereier" untergliedert werden in "1-gekocht" und "2-anders". Die Linie "gekocht" wäre dem Ausgleichsabgabegesetz zu unterwerfen, während der Rest - so wie bisher - dem Geflügelwirtschaftsgesetz unterstünde.

Die allfällige Einwendung, daß eine solche Untergliederung auch bei allen übrigen gekochten Vogeleiern erfolgen müßte, ist prinzipiell und systematisch richtig. Die Verminderung des Zollschatzes für gekochte Wachtel-, Enten- und Gänseeier wäre aber weniger problematisch als bei Hühnereiern.

Nach diesen Erläuterungen bleibt vollkommen offen, wo "gekochte Hühnereier ohne Schale" (z.B. long eggs) in Hinkunft tarifieren. Entweder sie verbleiben in 21.07 (zukünftig 2106) oder sie werden in 0408 99 B umtarifiert. In letzterem Fall würde der Außenschutz von derzeit 13 % plus 1.515 S/100 kg auf 280 S/100 kg reduziert werden.

Sollte dies tatsächlich der Fall sein, dann wäre es sinnvoll diese Position neu zu untergliedern.

Vorschlag hiezu 0408 99 -- sonstige

- A - mit einem Gesamtzuckergehalt von 5 %  
oder mehr
- B - Hühnereiern ähnlich zusammengesetzte  
Zubereitungen (z.B. long eggs)
- C - andere

Die Subposition A unterliegt jetzt und in Zukunft dem Ausgleichsabgabegesetz. Die Subposition B würde nicht dem Geflügel- (wie derzeit vom Entwurf vorgesehen), sondern dem Ausgleichsabgabegesetz (sowie jetzt) unterworfen.

Nur die Position C unterläge dem Geflügelwirtschaftsgesetz und wäre GATT-gebunden.

Konsequenz der Durchsetzung dieser Anregungen wäre eine Anpassung des Warenkatalog des Ausgleichsabgabegesetzes.

Die derzeitige Fassung brächte auch eine materielle Ausweitung der GATT-Bindung.

Auf Grund einer Beschwerde der EG über die diskriminierende Anwendung des Geflügelwirtschaftsgesetzes erscheint es notwendig, eine grundsätzliche Überarbeitung der Importbestimmungen vorzunehmen. Auf Grund der österreichischen Verfassungslage können die Zusatzabschöpfungen entweder nur

diskriminierend festgelegt oder gar nicht angewendet werden.

Da beide Varianten nicht gangbar sind, muß umgehend ein System von Mindestabschöpfungen für alle Waren und alle Lieferländer im Geflügelwirtschaftsgesetz vorgesehen werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Koalitionsvereinbarungen verwiesen. Die Präsidentenkonferenz ersucht das do. Bundesministerium dringend die materiellen Änderungen in die Regierungsvorlage aufzunehmen. Ein Zuwarten ist durch nichts gerechtfertigt und würde dem erklärten Willen der Koalitionspartner widersprechen.

Der Präsident:

gez. Ing. Dorfner

Der Generalsekretär:

gez. Dr. Korb